A6NEU Prolog

Antragsteller*in:	Jan Halbauer
Tagesordnungspunkt:	2.2. Bürger*innen-, Menschen-, Freiheitsrechte

Text

Aufgabe von uns ist es immer und überall für unseren freiheitlichen Rechtsstaat zu kämpfen. Wir dürfen unser Land nicht nationalistischen Vordenkern überlassen.Bunt statt Braun für Demokratie und Zivilcourage! Breite und laute Bündnisse sind hier nötig. Überdachte Positionen statt plumper Populismus. Zuversicht und Gemeinsinn, statt Angstmache und Hetze.

Wir GRÜNE setzen uns ein für unsere Grund- und Freiheitsrechte, für die Belange von Minderheiten, für einen menschenfreundlichen Umgang mit Flüchtlingen und Geflüchteten, für Toleranz und Weltoffenheit.

Beschluss Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung – Mitreden, Mitentscheiden, Mitmachen

Gremium:	Kreisversammlung
Beschlussdatum:	25.10.2019
Tagesordnungspunkt:	2.2. Bürger*innen-, Menschen-, Freiheitsrechte

Text

Demokratie lebt vom aktiven Einmischen. Wir GRÜNE leben Bürgerbeteiligung und wollen Mitsprache fördern. Die Öffentlichkeit soll über anstehende Projekte frühzeitig informiert und Bürger*innen zu wichtigen Planungen angehört werden. Vorberatungen in Ausschüssen sollen, wo es geht, öffentlich sein. Auch das Internet soll zur Mitwirkung genutzt werden. Vorlagen und Protokolle aus öffentlichen Sitzungen sollen überall online zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen die kommunale Verwaltung bürgerfreundlicher gestalten und mit dem Einsatz digitaler Formulare oder Online-Anmelde- und Registrierungsprozesse zeitaufwendige und weite Wege unnötig machen.

Wir fördern in unseren Kommunen ehrenamtliches Engagement und haben großen Respekt vor den vielen Menschen, die sich in Sportvereinen, Umweltverbänden, in der freiwilligen Feuerwehr und vielen anderen Initiativen und Vereinen engagieren. Ehrenamtsbeauftragte und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt können dieses Engagement stärken. Denn nur so können wir starke und lebendige Kommunen erhalten.

Wir wollen die in den Feuerwehren, Rettungsdiensten und Technischen Hilfswerken aktiven Ehrenamtlichen deutlich stärken. Wir setzen uns für mehr Frauen und Vielfalt unter den Ehrenamtlichen ein.

Beschluss Bunt statt Braun - Weltoffener Landkreis

Gremium:	KMV
Beschlussdatum:	25.10.2019
Tagesordnungspunkt:	2.2. Bürger*innen-, Menschen-, Freiheitsrechte

Text

Wir GRÜNE stehen für eine freie, weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Bei der Kommunalwahl 2020 kommt es auch entscheidend darauf an, dass unser Landkreis nicht nach rechts abdriftet.
Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns nichts zu suchen!

Wir stehen für ein gutes Miteinander aller Menschen, egal ob sie hier geboren und aufgewachsen sind, ob sie schon länger oder seit kurzem hier leben oder ob sie neu zugewandert sind. Alle sollen diskriminierungsfrei und sicher bei uns leben können. Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung uns für Liberalität und Toleranz stark zu machen, damit die Ausgrenzung von Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Nationalität, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung keine Chance haben.

A13 Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben

Antragsteller*in:	Lena Satzger
Tagesordnungspunkt:	2.2. Bürger*innen-, Menschen-, Freiheitsrechte

Text

Wir GRÜNE stehen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern. Moderne Gleichstellungspolitik sehen wir als selbstverständliche Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern.

Wir sind die einzige Partei, die eine paritätische Vertretung von Frauen in kommunalen Gremien mit verbindlichen innerparteilichen Regeln ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, auch in Führungspositionen kommunaler Verwaltungen und in Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung eine paritätische Besetzung zu erreichen. Die Stellen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wollen wir gut ausstatten, um wirkungsvoll arbeiten zu können.

Wir wollen Frauennotrufe und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen finanziell stärken und mehr Frauenhausplätze schaffen, damit nirgendwo in Bayern mehr betroffene Frauen und ihre Kinder von den Frauenhäusern abgewiesen werden müssen.